

Jeden Sonnabend erscheint eine Nummer. — Alle Postämter u. Buchhandlungen nehmen Bestellungen an. — Preis 27 fr. oder 7½ Sgr. vierteljährl. hier am Orte ausw. mit dem Postaufschl.

Die Ausgabe findet statt:

Streiflichter ⁱⁿ C. Naumann's Druckerei, ⁱⁿ ff. Kornmarkt (Koblenztor) ⁱⁿ Frankfurt a. M.

auf die

materiellen Zustände und Bestrebungen in Deutschland.

Herausgegeben von Dr. J. C. Glafer.

N^o 1.

Sonnabend den 6. Januar.

1849.

Rückblick.

Die großen Ereignisse des abgelaufenen Jahres fanden uns, wie die meisten übrigen Völker Europas, in einer ziemlich allgemeinen Creditlosigkeit. Die lange Friedenszeit hatte den Zuwachs der Bevölkerung in einer Weise befördert, daß die vorhandenen Erwerbsquellen nicht mehr ausreichten, sie zu ernähren. Die zunehmende Auswanderung, weil sie nicht bloß Verzehrter hinwegnahm, sondern auch arbeitsfähige Kräfte dem Lande entzog und, was noch wichtiger ist, weil sie in kleinen Summen sehr große Capitalkräfte, welche die unerlässliche Bedingung der Arbeit ausmachen, dem Auslande zuführte, war so weit entfernt dem Uebel zu steuern, daß man eher sagen könnte, es sey durch sie noch vermehrt worden. Ueberall gaben sich schon die Zeichen eines furchtbaren, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zerschneidenden Pauperismus kund, aber erst die aufeinanderfolgenden Mißjahre und die mit ihnen zusammenfallende große Geldcalamität brachten ihn zum Ausbruch.

Wie die große Umwälzung des verflossenen Jahres in den kläglichen materiellen Zuständen ihre Wurzel hat, so darf man auch nur von einer gesunden und lebenskräftigen Gestaltung der materiellen Grundlage, gesunde politische Zustände erwarten. Es ist in der Ordnung, beim Beginne des neuen Jahres zu fragen, wie weit wir während des abgelaufenen in dieser Beziehung gelangt sind, damit man übersehe, was noch zu leisten ist.

Die im 8. Stück des „Reichs-Gesetz-Blattes“ verkündeten „Grundrechte des deutschen Volkes“ enthalten zwar einige auch den materiellen Wohlstand wesentlich fördernde Bestimmungen; dieselben sind aber zunächst nur erst Verheißungen, die Anordnungen, wodurch sie wirksam und lebendig werden, wie z. B. das Heimaths-gesetz, die Gewerbeordnung, fehlen noch. Auch sind diejenigen gesetz-lichen Bestimmungen, wodurch den gesellschaftlichen Zuständen eine gesunde Grundlage gegeben werden muß, nicht so sehr von Reichs- wegen als durch die Einzelstaaten zu treffen, und vorzüglich durch ein gesundes Gemeindeleben zu erstreben. Die Gemeinden sind die Stütz- und Haltepunkte des ganzen Staatslebens; von ihrer Gesundheit und Kraft hängt die Gesundheit und Kraft des ganzen Staates ab. In Preußen ist schon am meisten in dieser Beziehung vorgearbeitet. Es wird die Aufgabe der am Ende des nächsten Monats zusammen-tretenden Nationalversammlung seyn, nach einer zu beschleunigenden Revision der Verfassung dem übrigen Deutschland mit einem guten Beispiele voran zu gehen.

Wenn es, wie wir hoffen, gelingt, die noch immer bedrohte deutsche Einheit in einer Weise zu Stande bringen, daß wir eine Centralgewalt nicht nur dem Namen nach, sondern in der Wirklich-keit besitzen, so räumt ihr die, freilich erst in der ersten Berathung be-schlossene, und in der zweiten mit einigen Stücken, namentlich in Be-zug auf die Consulate, gewiß noch zu verbessernde Verfassung Rechte ein, welche es ihr möglich machen, Handel und Verkehr im Innern sowohl als mit dem Auslande kräftig zu fördern. Aber auch in Be-treff der Einwirkung Seitens der Regierung ist noch Vieles und Haupt-sächliches von den Einzelregierungen zu leisten. Besonders sind es die Finanzverhältnisse, die Grundlage alles Creditwesens, deren Regelung in den Einzelstaaten und durch dieselben geschehen muß. Alle Ein-richtungen, welche zur Erleichterung und Förderung des Verkehrs getroffen werden können, müssen auf dieser Grundlage aufgebaut werden. Leicht lassen sich diese Verhältnisse ordnen, tritt Preußen an die Spitze Deutschlands, schwer, vielleicht nie, wenn dieses ver-hindert wird.

In Betreff derjenigen Anordnungen, welche die stets wechselnden Verhältnisse zu regeln bestimmt sind und welche der eigentlichen Re-gierungsthätigkeit anheimfallen, ist Alles noch im Werden begriffen,

und wird es auch eine geraume Zeit hindurch wohl noch bleiben. Ehe von dieser Seite die Regelung mit Kraft und Energie begonnen werden kann, muß die deutsche Verfassung selbst erst ihren Mittelpunkt gefunden haben, an dessen Verrückung leider von so vielen Seiten gearbeitet wird. Durch Beschluß der Reichsversammlung vom 16. v. M. (s. Nr. 6 der Streiflichter), ist das Ministerium beauftragt worden, die geeigneten Vorlagen in dieser Beziehung zu machen. Der wichtigste, aber auch der schwierigste, der hierher fallenden Gegenstände ist der Zolltarif. Leider aber ist es noch ungewiß, innerhalb welcher Grenzen er Geltung erlangen werde.

Zur Ausgleichung der einander entgegenstehenden Interessen in Bezug auf die bei der Entwerfung festzustellenden Sätze hatte sich unterm 23. August. v. J. ein „Verein für deutsche Zolleinigung“ zusammengethan. Das Bestreben der Freihändler, denselben in ihrer Privatabsicht auszubeuten und als ein Mittel zur Erreichung ihrer, auf andere Weise thätlichst betriebenen Interessen zu benutzen, sowie das Mißtrauen der entgegenstehenden Partei, haben das Unternehmen bald scheitern lassen.

Der schon früher zusammengetretene „Verein der Freihändler“ hat dem Ministerium einen auch durch den Buchhandel verbreiteten Tarifentwurf vorgelegt, dessen Annahme nicht allein den Wohlstand Deutschlands, sondern auch die politische Freiheit zu vernichten geeignet wäre.

Der am 1. September provisorisch zusammengetretene und am 6. Nov. definitiv constituirte „Allgemeine Verein zum Schutz der vaterländischen Arbeit“ ist mit seiner Tarifvorlage noch nicht fertig, aber doch, wie ich höre, dem Ende nahe. Die wichtigsten Gegenstände sind schon von den Sectionen der Generalversammlung (Anfang November) in ihren wesentlichen Punkten erledigt worden.

Die Beschlüsse des landwirthschaftlichen Congresses haben wir in Nr. 3 dieser Blätter unsern Lesern mitgetheilt. Wie aus denselben hervorgeht, haben die landwirthschaftlichen Vereine einen Centralausschuß zur Wahrung ihrer Interessen hier zurückgelassen.

Die veränderte Fassung des §. 33 der Grundrechte legt Zeugniß für seine einflußreiche Thätigkeit ab.

Auch die Handwerker haben einen Centralausschuß hier. Ebenso ist ein Centralcomité der Arbeitervereine hier thätig.

Es geht aus dieser Uebersicht hervor, daß es an vorbereitender Thätigkeit nicht fehlt, allein bei den verwickeltesten Verhältnissen ist eine sehr baldige Entwirrung derselben kaum zu hoffen. Auch ist es überhaupt eine sehr große Täuschung, zu glauben, daß von der Centralgewalt, dem Parlament und der Reichsregierung allein eine Abstellung der materiellen Noth ausgehen könne. Wie überall muß auch hier der Bau von unten beginnen. Was in die Sphäre der Gesamthätigkeit fällt, ist der geringere Theil von dem, was erstrebt werden muß. Die Gemeinden sind und bleiben das Wesentliche. Durch die Regierung können nur die entgegenstehenden Hindernisse weggeräumt, das Positive muß von den Individuen und Communen ausgehen. Für die Lösung der großen materiellen Frage, welche den Mittelpunkt der ganzen Bewegung bildet, ist kaum der Anfang gemacht.

Die Oberhauptsfrage.

Durch das Programm des Ministerpräsidenten v. Bismarck ist die schwierige Aufgabe, Deutschland zu einem Gesamtstaate umzubilden, in eine praktisch lösbare Formel gebracht worden. Je mehr es zu diesem Zwecke nöthig war, den Verhältnissen, wie sie sind, Rechnung zu tragen, sich keine Vorspiegelungen irgend welcher Art zu machen, um so natürlicher war es, daß sich alle Parteien gegen dasselbe erhoben, welche aus der vorhandenen Verwirrung Vortheil zu ziehen und in einseitigen Interessen die Verhältnisse auszubeuten suchten. Dem Ministerium steht deswegen auch keine geschlossene Partei gegenüber, sondern eine Verbindung von Parteien, von denen keine einzige im Stande ist, das Staatsruder in die Hand zu nehmen und in einem von dem Programme des jetzigen Ministeriums abweichenden Sinne die Einheit des deutschen Vaterlandes zu bewerkstelligen.

Der Versuch, Deutschland mit einer republikanischen Spitze zu zieren, kann als aufgegeben betrachtet werden. Selbst diejenigen,

welche mit dem Plane umgingen, haben sich nachgerade von der Unausführbarkeit desselben überzeugt. Die Selbstregierung des Volkes muß von unten anfangen. Der Sitz der Demokratie ist die Gemeinde. Ob künftig auch die staatliche Spitze eine republikanische werden könne, kann hier unerörtert bleiben; so wie dormalen noch die Verhältnisse bei uns gestaltet sind, ist eine Demokratisirung an Haupt und Gliedern eine Unmöglichkeit. Wer es daher redlich mit dem Volke meint, wer sich nicht von selbstgemachten Vorspiegelungen, sondern von den Thatfachen leiten läßt — die Politik aber kann keinen andern Ausgangspunkt nehmen — der wird dahin streben, dem Volke einen namhaften Antheil an der Regierung zu sichern, es zu verhindern, daß ohne die Einwilligung des Volkes gehandelt werden könne. Verwirrungen herbeizuführen, auf einen ungewissen Ausgang hin, ist des Staatsmannes unwürdig. Seine Aufgabe muß seyn, die Umstände für seine Zwecke aufs Beste zu nutzen.

Die Verbindung der Demokraten mit den „Oesterreich vor Allem“ stellenden Schwarzgelben ist eine unnatürliche, weil sie nicht der Demokratie, sondern „Oesterreich vor Allem“ zum Vortheil ausschlagen muß. Wird durch diese Liga das Beginnen des Ministeriums Gagern gestürzt, so ist dies ein Sieg nicht der Demokratie, sondern des Schmerlingianismus. Dann ist, wenn überhaupt Deutschland noch ein Ganzes bilden wird, die Einheit nur in der Weise möglich, wie die österreichischen Blätter und Herr v. Schmerling sie in Aussicht stellen, durch die Auferweckung des Bundestages. Nach solchem Kreiseu solche Geburt!? — *ridiculus mus*. Wenn zwischen der Politik des Herrn v. Schmerling und der des Herrn v. Gagern zu wählen ist — und das ist allerdings der Fall, in dem sich die Demokratie befindet — so kann kein Zweifel seyn, auf welche Seite sich die Demokraten zu schlagen haben. Das Volk wird Rechenschaft fordern über das anvertraute Pfund; es ist nicht verliehen worden, um damit unsinnige Speculationen zu machen, wie ein wahnsinniger Spieler zu handeln, sondern damit als ein treuer Sachwalter zu schalten.

Von den Partikularisten werden Pläne gemacht, ein getheiltes, oder aus der Wahl der Fürsten hervorgehendes Oberhaupt an die Spitze Deutschlands zu stellen. Wenn aber irgend einer, so ist dieser Plan ein die Sache des Volkes verhöhrender. Ein solches zertheiltes oder wechselndes Oberhaupt ist weder nach Außen noch nach Innen

stark genug, das Volk zu vertreten. Einer solchen Banqueruterklärung der Volksache wäre doch noch ein Schmerlingischer Bund weit vorzuziehen. Dieser wäre doch wenigstens im Stande, Deutschland gegen den äußern Feind zu schützen.

Der Plan des Ministers v. Gagern ist der allein praktisch ausführbare und bietet zugleich der Volksache die größten Vortheile. An eine durchgreifende, nach Innen und nach Außen kräftige Centralgewalt ist nicht zu denken, so lange in Deutschland noch zwei europäische Großmächte bestehen. Wird das Gagern'sche Programm angenommen, so wird Oesterreich nicht von Deutschland getrennt, sondern zu demselben in ein Verhältniß gestellt, welches für beide Staaten vortheilbringend ist. Es entstehen zwei Bruderstaaten, welche im friedlichen Verkehr einander die größten Vortheile bieten und gegen den äußern Feind durch ihre natürlichen Beziehungen zu einander stets genöthigt sind, sich gemeinsam zu erheben. Preußen, an die Spitze Deutschlands berufen, hört als Partikularstaat auf. So lange nicht Preußens Macht gebrochen ist, werden nicht in Frankfurt, sondern in Berlin die Geschicke des nicht-österreichischen Deutschlands entschieden. Preußen kann aber nicht mit Gewalt gebrochen werden. Man muß ihm daher in dem neuen Gesamtstaat eine Stellung anweisen, welche seine Macht als Partikularstaat aufhebt und dieselbe der Centralmacht zur Verfügung stellt. Dieß geschieht durch die Erhebung der preussischen Könige auf den deutschen Kaiserthron. Nur wenn dies geschieht, ist eine demokratische Umgestaltung der übrigen Verhältnisse möglich; ja sie ist dann schon angebahnt; denn in keinem der übrigen deutschen Staaten ist eine so demokratische Basis der öffentlichen Einrichtungen, wie in Preußen.

Preußen kann, an die Spitze Deutschlands berufen, nicht wie Oesterreich, eine Hauspolitik neben der deutschen verfolgen, nicht Deutschland, wie dieß die österreichische Politik so vielfach gethan hat, zu seinen Privat Zwecken benutzen. Seit zwei Jahrhunderten, das heißt, seit dem es angefangen sich als Macht Einfluß zu verschaffen, hat es stets bei entscheidenden Gelegenheiten bon gré mal gré die deutsche Sache zu der seinigen machen müssen. Nach seinen jetzigen Verhältnissen ist es mehr als je dazu genöthigt. Es ist nach Westen, wie nach Osten durch seine eigenen Länder zum Wächter gegen den äußern Feind bestellt. Es hängt durch seine westlichen Provinzen

mit den südlichen, durch den östlichen Theil der Monarchie mit dem mittleren und nördlichen Deutschland zusammen. Es ist schon jetzt in religiöser Beziehung ein paritätischer Staat; die Gewerblichkeit, der Ackerbau und Handel haben in seinem Gebiete eine solche Vertheilung, daß es unmöglich wird, daß zu Gunsten eines einseitigen Interesses die andern ausgebeutet werden können. Wenn man sich demnach nicht von gemachten Voraussetzungen, sondern von den Thatfachen, wenn man sich nicht von persönlichen Neigungen und Abneigungen, sondern von der in den Dingen selbst liegenden Nothwendigkeit leiten läßt, so wird man dasjenige Auskunftsmittel ergreifen, welches mit der möglichsten Einheit die möglichste Freiheit — und beides kann ohne einander nicht erreicht werden — zu gewähren geeignet ist, man wird Bavern unterstützen und Preußen an die Spitze Deutschlands bringen.

Besonders diejenigen, welche sich als die Vertreter des Volkes ausgeben, und mit den ehrenden Namen der Demokraten bezeichnen lassen, müssen diesen Weg einschlagen. Ein Demokrate ist nicht, wer immer das Wort „Volk“ im Munde hat, sondern wer seine ganze Kraft anbietet, die Rechte des Volkes zu wahren und ihm den höchsten Grad von Freiheit zu gewinnen. Die bei dem Volke am meisten schmarozgen sind nicht diejenigen, welche ihm dienen, sie dienen nur sich und schmarozgen auch bei Andern, wenn es ihr Interesse ist.

Oesterreich und Deutschland.

Herr v. Schmerling ist zurückgekehrt, er überbringt die Nachricht, daß Deutschland und Oesterreich nicht getrennt werden sollen, allein Oesterreich soll nicht mit Deutschland, sondern Deutschland mit Oesterreich verbunden werden. „Oesterreich vor Allem!“ dahin strebte der Reichsminister v. Schmerling, das will auch der „Abgeordnete von Schmerling,“ welcher zugleich „Gesandter bei der Centralgewalt“ oder österreichisch gesprochen: „Bundestagsgesandter“ ist, bewirken. Entweder Deutschland wird zu einem renovirten Bundesstaat unter Oesterreichs Vorsitz, oder die nicht österreichischen deutschen Länder werden zu Provinzen des österreichischen Kaiserstaates.

Erst kommt Oesterreich und dann kommt Oesterreich noch einmal, und Deutschland — kommt gar nicht. Der Tag der Entscheidung über das Geschick Deutschlands bricht an, die Abgeordneten des deutschen Volkes werden ihre Pflicht thun!

Wochenbericht.

Die Thätigkeit der Reichsversammlung ist in dieser Woche nicht bedeutsam gewesen. Mittwoch wurden die Sitzungen eröffnet. Es fand die monatliche Neuwahl des Präsidiums statt. Zum Präsidenten wurde Simson aus Königsberg, zu Vicepräsidenten Beseler und Kirchgeßner ernannt. Am Donnerstag fand in einer sehr langen Sitzung eine Verlegenheitsdebatte über die preussische Verfassung statt. Zu einem Beschlusse ist es nicht gekommen. Was hätte man auch beschließen sollen? Ein Protest gegen die Verfassung konnte nirgends auf Theilnahme rechnen, das fühlte man, sie einfach zu billigen, war eben so wenig thunlich. Die preussische Verfassung ist ein Werk der Nothwendigkeit; man kann tadeln, was vorangegangen ist, sie selbst zu beseitigen und den status quo ante zurückzuführen, ist eine Unmöglichkeit. Die Götter selbst können das Geschehene nicht mehr ungeschehen machen. Ihrem Inhalte nach ist die Verfassung noch nicht abgeschlossen. Das preussische Volk selbst wird durch seine Vertreter die ihm nothwendig scheinenden Veränderungen vornehmen lassen und demgemäß seine Wahlen treffen. — Man hat die Sache auf sich beruhen lassen.

Nachricht.

Künftigen Montag findet die Verhandlung über das Bager'sche Ministerprogramm statt. Herr v. Schmerling beabsichtigt bei dieser Gelegenheit die Reichsversammlung auszumärzen.